

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 9.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482  
Geschäftsrate pro 3gepalt. Zeile ober deren  
Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, 30. April 1904.

Berlag:  
A. Bohrberg, Hannover, Steinortstraße 6.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Drey, Hannover, Schillerstraße 5.  
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

## Der Arbeit Krönungsfest.

Wer hilft das Fest verschönern,  
Den ersten Maientag?  
Wir wollen die Arbeit krönen  
Im knospenden, blühenden Hag.  
Die Vögel sind unsere Voten,  
Sie künden's im schnellen Flug:  
Des Alltags müde Detoten  
Zieh'n an zum Krönungstag.

Es wächst der Zug. Er schreitet  
Und wo ein Fuß sich hebt,  
Da ist ein Teppich gebreitet,  
Mit Blumen bunt durchweht.  
Der Krönungssaal ist die Heide,  
Von Wäldern und Hecken umsäumt,  
In der ein leuchtend Geschmeide  
Von silbernen Blüten träumt.

Durchs Blüthengeäst geht ein Wehen,  
Ein säuselnder Frühlingshauch ...  
Und wie im stammigen Verstehen  
Erhebt jeder Baum, jeder Strauch ...  
Es künden unsichtbare Glocken,  
Die heilige Stunde zu weihn,  
Weit klingend mit Jubelstrolachen  
Der Arbeit Krönungsfest ein!

Umfladert von züngelnden Flammen,  
Ein Thron auf der Heide steht.  
Dorthin strömt alles zusammen,  
Was eifrig im Zuge geht. —  
Und unter freudigen Aufen:  
„Dir huldt die ganze Welt!“  
Beseigt die Arbeit die Stufen  
Des Thrones im Maientfeld.

Kann kommen sie angegangen  
Und bringen die Gaben dar:  
Der Gärtler bietet der Spangen  
Ein goldgeschmiedetes Paar.  
Aus blutroten Fäden gewoben  
Der Weber den Mantel hat.  
Der Schmied hält das Ritzschwert erhoben,  
Das funkelt so blank und so glatt.

Verstummt ist des Alltags Dröhnen  
Am festlichen Maientag.  
Drum laßt uns die Arbeit krönen  
Im knospenden, blühenden Hag.  
Der Krönungssaal ist die Heide,  
Von Wäldern und Hecken umsäumt,  
In denen ein leuchtend Geschmeide  
Von silbernen Blüten träumt ...

Und jeder kommt mit dem Sein,  
Der käumt mit Worten das Kleid,  
Der schmückt mit Edelsteinen  
Das blühende Halsgeschmeid.  
Und leuchtend naht sich dem Tag  
Die Freiheit zu guter Zeit:  
Der Arbeit die eiserne Krone  
Aufs lothige Haupt sie legt. . . .

Sie reicht der Arbeit die Hände:  
Uns beiden gehört die Welt!  
Wir halten die flackernden Brände  
Hoch über das Maientfeld,  
Daß alle die Leuchte schauen,  
Die rot durch das Dunkel ragt,  
Bis daß mit dem Morgengrauen  
Die Sonne der Zukunft tagt! . . .

Rudwig Bessen.

### Bekanntmachung.

Gemäß den Bestimmungen des Statutes, § 16, Abs. 7—10, und unter Berücksichtigung der Beschlüsse des letzten Verbandstages beruft der Vorstand den

### 7. ordentlichen Verbandstag nach Hamburg

in das Lokal Tütges Etablissement, Valentinslamp 40—42, auf Sonntag, den 7. August, abends 7 Uhr, ein.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung des Verbandstages (Wahl des Bureaus, der Mandatsprüfungskommission und Festsetzung des Geschäftsordnungs).
2. Berichte: a) des Vorsitzenden; b) des Kassierers; c) des Ausschusses.
3. a) Das Ergebnis der Arbeitslosen- und Krankenstatistik; b) Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.
4. Ausbau der inneren Leitung des Verbandes (Gau-einteilung und Befolgung von Gauleitern).
5. Statutenberatung.
6. Allgemeine Anträge.
7. Wahl des Ortes für den Sitz des Verbandes.
8. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses.

Nach den Bestimmungen des § 16 Abs. 9 können Zahlstellen von 500 Mitgliedern einen Delegierten wählen. Zahlstellen mit weniger als 500 Mitgliedern werden zu Wahlkreisen mit 500 Mitgliedern vereinigt.

Orte, an denen mehr wie 500 Mitglieder sind, können nur auf je weitere 800 Mitglieder einen Delegierten mehr wählen.

Der nachfolgenden Wahlkreiseinteilung liegt die Abrechnung des 4. Quartals vom Jahre 1903 zugrunde.

Nach dem § 16 Abs. 10 wird auf je 13 voll-bezahlte Beiträge ein Mitglied gerechnet.

Zahlstellen, deren Gründung am 1. Mai noch nicht vollzogen war, können an den Delegiertenwahlen nicht teilnehmen, aber Anträge stellen.

Der Verbandstag wird 6 Tage in Anspruch nehmen. Die Kollegen, die als Delegierte gewählt werden, müssen sich daher um Urlaub bemühen, damit niemand von ihnen gezwungen ist, vor Schluß des Verbandstages die Heimreise anzutreten.

1. Wahlkreis: Hannover und Einzelmitglieder, Hameln, Kleefeld, Lehrte, Anderten, Elze, Goslar, Wilsfel. — 1 Delegierter.

2. Wahlkreis: Linden und Einzelmitglieder. — 1 Delegierter.

3. Wahlkreis: Alfeld, Celle, Hildesheim, Nienburg a. d. Weser, Osterode, Sarstedt, Seelze, Uelzen. — 1 Delegierter.

4. Wahlkreis: Braunschweig. — 1 Delegierter.

5. Wahlkreis: Braunlage, Broisem, Wolfenbüttel, Thiede, Cattenstedt, Eschershausen, Gasselfelde,

Helmstedt, Holenberg, Holzen, Holzminde, Mübeland, Regenhorn, Salder, Schöningen. — 1 Delegierter.

6. Wahlkreis: Blankenburg, Halberstadt, Osterwieck, Quedlinburg, Thale, Oschersleben, Göttingen. — 1 Delegierter.

7. Wahlkreis: Oschersleben, Althaldensleben, Egeln, Ahendorf, Stahfurt, Neuhalbensleben, Genthin, Debitzfelde, Zangermünde, Parey. — 1 Delegierter.

8. Wahlkreis: Magdeburg, Gr.-Ottersleben. — 1 Delegierter.

9. Wahlkreis: Schönebeck, Gr.-Salze, Olenstedt, Niederndodeleben. — 1 Delegierter.

10. Wahlkreis: Fernersleben, Welsleben, Wittenberge, Caputh, Potsdam, Werder. — 1 Delegierter.

11. Wahlkreis: Alen, Coswig, Cöthen, Dessau, Gr.-Kühnau, Jernitz, Jönitz, Maguhn, Köpau. — 1 Delegierter.

12. Wahlkreis: Aderstedt, Barby, Calbe, Bernburg, Kienburg, Jerbst. — 1 Delegierter.

13. Wahlkreis: Ammendorf, Halle-N., Halle-S., Creppin, Bitterfeld, Lettin, Nietleben, Roitzsch. — 1 Delegierter.

14. Wahlkreis: Naumburg, Merseburg, Sandersdorf, Schwoigisch, Wittenberg, Jahna, Jörbig, Schöndorf, Brandis. — 1 Delegierter.

15. Wahlkreis: Altenburg, Buttstädt, Eisenberg, Langenberg, Moschendorf, Oberroßlau, Weisensfeld. — 1 Delegierter.

16. Wahlkreis: Altenhain, Beucha, Colditz, Eilenburg, Eytzra, Lüben, Paunsdorf, Penig, Sommerfeld, Wurzen, Bunzenau, Leipzig-Ost. — 1 Delegierter.

17. Wahlkreis: Leipzig-Bindenau. — 1 Delegierter.

18. Wahlkreis: Markranstädt. — 1 Delegierter.

19. Wahlkreis: Bodaun, Dresden, Elsterwerda, Freiberg, Glauchau, Kötzsch, Deberan, Marienthal. — 1 Delegierter.

20. Wahlkreis: Rospitz, Rospitz, Meißner, Gartha, Waldheim. — 1 Delegierter.

21. Wahlkreis: Mügeln, Radeberg, Leisnig, Weinböhla, Saagen. — 1 Delegierter.

22. Wahlkreis: Sebnitz, Böttchappel, Döbitz, Arnsdorf, Erdmannsdorf, Freimaldau, Hirschberg, Striegau, Bissa, Schmiedeberg, Schweidnitz, Rattowitz, Königshütte. — 1 Delegierter.

23. Wahlkreis: Berlin. — 1 Delegierter.

24. Wahlkreis: Johannisthal, Tegel, Oberschönweide. — 1 Delegierter.

25. Wahlkreis: Adlershof, Charlottenburg, Köpenick, Spandau, Reglin, Bornstedt, Michendorf, Liebenwalde. — 1 Delegierter.

26. Wahlkreis: Eberswalde, Erkner, Freienwalde, Hennigsdorf, Herzfelde, Nauen, Romowes, Oderberg, Gernsdorf, Mühlentel, Dramenbürg. — 1 Delegierter.

27. Wahlkreis: Belten. — 1 Delegierter.

28. Wahlkreis: Anklam, Schwedt, Stettin, Bodejuch, Pommerensdorf. — 1 Delegierter.

29. Wahlkreis: Köslin. — 1 Delegierter.

30. Wahlkreis: Elbing, Danzig, Schwiebus, Strelitz, Fürstberg, Jahnitz, Kolberg, Ragnitz, Stolzenhagen, Woluhl, Wolgast, Zülchow, Cammin, Bromberg, Schwerin a. d. W. — 1 Delegierter.

31. Wahlkreis: Uckermark. — 1 Delegierter.

32. Wahlkreis: Dietzow, Friedberg, Gießen, Gotha, Kassel, Münden, Einbeck, Ohrdruf, Ruhla, Sonneberg, Stadtilm, Waltershausen, Wigenhausen, Weimar. — 1 Delegierter.

33. Wahlkreis: München. — 1 Delegierter.

34. Wahlkreis: Augsburg, Bruckmühl, Fürth, Freising, Erlangen, Gauting, Gmund, Kelheim, Kempten, Landsbat, Lechhausen, Miesbach, Neufahrn, Nürnberg, Passing, Regensburg, Regen, Regensburg, Schwabach, Straubing. — 1 Delegierter.

35. Wahlkreis: Aalen, Bietigheim, Cannstatt, Stuttgart, Ehlingen, Göppingen, Heidenheim, Untertürkheim, Obertürkheim, Heilbronn, Schw.-Hall. — 1 Delegierter.

36. Wahlkreis: Bruchsal, Feuerbach, Biberach, Bödingen, Heubach, Konstanz, Lauterbach, Dorch, Neckargartach, Schwemningen, Ulm, Waiblingen, Juffenhäuser, Sulgen, Börsach, Adolfszell, Schoppsheim, Neckarsulm, Gmünd, Rheinfelden, Singen, Heidelber, Gettenleidelheim, Eifenberg. — 1 Delegierter.

37. Wahlkreis: Frankenthal, Kaiserlautern, Mundenheim, Mutterstadt, Grünstadt, Neustadt, Meß, Oppau, Oggersheim, Speyer, Straßburg, Waldhof. — 1 Delegierter.

38. Wahlkreis: Ludwigshafen, Friesenheim, Mannheim, Alzen. — 1 Delegierter.

39. Wahlkreis: Frankfurt, Hedderheim, Höchst, Nied. — 1 Delegierter.

40. Wahlkreis: Offenbach, Oberursel, Eschaffenburg, Seligenstadt, Mülheim, Schonungen, Schweinfurt, Bieber, Klein-Rosenburg, Jfenburg. — 1 Delegierter.

41. Wahlkreis: Mainz, Weisenau, Weiskirchen, Wombach, Schneidheim, Königstein, Kofenheim, Kellertbach, Gomburg, Hechtsheim, Finthen, Erbenheim, Diebrich, Brezenheim. — 1 Delegierter.

42. Wahlkreis: Al.-Luhheim, Bürgel, Dietesheim, Fachsenheim, Gonsenheim, Griesheim, Hanau, Gaimhausen, Gaimstadt, Oberursel, Pfungstadt, Rödelheim, Al.-Steinheim. — 1 Delegierter.

43. Wahlkreis: Bielefeld, Büren, Bruchhausen, Düsseldorf, Essen, Köln-Ehrenfeld, Gevelsberg, Hagen, Köln, Kippes, Deutz, Elberfeld, Kalk, Mülheim, Krupperleg, Wanne, Warstein, Oberhausen, Duisburg, Dortmund. — 1 Delegierter.

44. Wahlkreis: Altona, Pinneberg, Lägerdorf, Münsterdorf. — 1 Delegierter.

45. Wahlkreis: Ottenfen, Langensfelde, Lauenburg. — 1 Delegierter.

46. Wahlkreis: Warrnbek. — 1 Delegierter.

47. Wahlkreis: Bergedorf. — 1 Delegierter.

48. Wahlkreis: Wandsbek. — 1 Delegierter.

49. Wahlkreis: Cimsbüttel, Gilbeek, Nhlenhorst, Reinbeck, Reinfeld, Ohlstedt. — 1 Delegierter.

- 50. Wahlkreis:** Rothenburgsort. — 1 Delegierter.
- 51. Wahlkreis:** Hamm, Billwälder. — 1 Delegierter.
- 52. Wahlkreis:** Schiffbel. — 1 Delegierter.
- 53. Wahlkreis:** Hamburg-St. Georg. — 1 Delegierter.
- 54. Wahlkreis:** Elmshorn, Krempe, Isehoe, Warmstedt. — 1 Delegierter.
- 55. Wahlkreis:** Flensburg, Apenrade, Borby, Hedersleben, Sonderburg, Heide, Husum, Horst. — 1 Delegierter.
- 56. Wahlkreis:** Rendsburg, Glückstadt, Friedrichstadt, Kellinghusen, Marne, Brunsbüttel, Meldorf, Hohenwarstedt, Tönning, Nortorf. — 1 Delegierter.
- 57. Wahlkreis:** Hamburg, Hamburg II, Uetersen, Wedel, Wilster. — 1 Delegierter.
- 58. Wahlkreis:** Geesthacht, Hamburg-Eppendorf. — 1 Delegierter.
- 59. Wahlkreis:** Bremen. — 1 Delegierter.
- 60. Wahlkreis:** Harburg. — 2 Delegierte.
- 61. Wahlkreis:** Wilhelmshurg. — 1 Delegierter.
- 62. Wahlkreis:** Barel, Brake, Brinkum, Burgdamm, Delmenhorst, Georgswerder, Lüneburg, Scharnebeck, Stade, Woltmershausen, Vassbeck. — 1 Delegierter.
- 63. Wahlkreis:** Kiel, Breck, Neumünster, Ohlstedt, Gutin, Malente. — 1 Delegierter.
- 64. Wahlkreis:** Lübeck. — 1 Delegierter.
- 65. Wahlkreis:** Rensefeld, Selmsdorf, Stockelsdorf, Wismar, Schlutup, Grevesmühlen, Neustadt, Heiligenhafen. — 1 Delegierter.

Die Delegiertenwahlen sind bis zum 10. Juni vorzunehmen und zwar in eigens zur Wahl einberufenen Mitgliederversammlungen. Beim Eintritt in diese Versammlungen haben die Mitglieder die Bücher vorzuzeigen.

Zur Leitung der Wahl ist eine Wahlkommission zu wählen.

Die Wahl ist per Stimmzettel vorzunehmen.

Wählt eine Zahlstelle mehrere Delegierte, so ist jeder derselben in einem besonderen Wahlgang zu wählen.

Als gewählt ist derjenige zu betrachten, der mindestens eine Stimme mehr, als seine Gegenkandidaten zusammen bekommen haben, auf sich vereinigt.

Kein Mitglied darf da, wo nur ein Delegierter zu wählen ist, mehr als eine Stimme abgeben.

An Orten, wo Einzelmitglieder sind, hat der Vertrauensmann die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den Mitgliedern die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen.

Ueber jeden Wahlgang ist ein besonderes Protokoll von den Bevollmächtigten und der Wahlkommission unterschrieben, an den Vorstand einzusenden.

Alle an den Verbandstag zu stellenden Anträge sind bis zum 1. Juli einzusenden. Es empfiehlt sich nicht, Anträge, die bereits gestellt sind, noch einmal durch einen anderen Verbandsort dem Vorstande zu unterbreiten, dadurch wird ein gründliches Arbeiten den Delegierten nur erschwert und die Tagesordnung überflüssigerweise belastet.

Auf zur Wahl der besten, tüchtigsten und erfahrensten Kolleginnen und Kollegen, damit die Arbeiten des Verbandstages geeignet sind, die Organisation zu fördern.

## Hoch unser Verband!

Für den Vorstand:  
A. Brey.

## Zwei Arbeitertrutzorganisationen.

In Kürze sind in Deutschland zwei Unternehmerorganisationen gegründet worden, die beide für die Arbeitertrutz eine große Gefahr bedeuten. Bei der einen Organisation ist der Arbeitertrutz zwar nicht ausgesprochen Zweck der Gründung, aber die wirtschaftliche Macht, welche in dieser Organisation geschaffen ist, bedeutet an sich eine Gefahr für die Arbeiterschaft, redigiert die Macht der Arbeiter auf ein bedeutend geringeres Maß. Weiter muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß die wirtschaftliche Macht dieser Organisation in den Dienst der anderen Gründung gestellt wird, einer Gründung, die ausgesprochenmaßen zu dem Zweck des Arbeitertrutzes erfolgt.

Die erste Organisation ist der deutsche Stahlwerksverband. Mit Ausnahme des „Rhön“ im Ruhrort sind dem Verbands alle in Betracht kommenden rheinisch-westfälischen und lothringischen Werke angeschlossen, ferner die Saarnischen Werke, das ober-sächsische Werk Königs- und Parashütte u. a. mehr. Der Stahlwerksverband hat sich für die Stahlwerke dieselbe Aufgabe gestellt, wie das Kohlenyndikat für den Bergbau: Festsetzung der Produktionsmengen und der Preise, ferner den Verschleiß der gesamten Produkte.

Die gesamten Werke haben eine Zentrale, das Verbandsorgan. Es liegt nun die Gefahr nahe, daß diese Zentrale außer den genannten Aufgaben auch die der Führung von schwarzen Listen übernimmt. Der Arbeiter, der auf einem Stahlwerke sich mißliebiger gemacht hat, wäre dann für alle angeschlossenen Werke in Betracht, die Maßregelung auf einem Werke wäre gleichbedeutend mit der Aussperrung von allen Verbandswerken. Um aber nicht bloß Schatten zu werfen, sei auch eine Lichtseite erwähnt. Glücklicherweise können die Unternehmer sich die Arbeitskräfte nicht malen, sondern sie haben nur Auswahl unter

dem Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Und da es für manche Branchen Fabrikarbeit meistens an brauchbaren Kräften mangelt, werden die Stahlwerksverbandsherren eben auch mit den Verhältnissen rechnen. Aber diese Lichtseite darf nicht überschätzt werden, vereinigt das Unternehmertum zu der wirtschaftlichen Macht noch eine Plammöglichkeit in der Arbeiterniederknüppelung, dann wird die Gefahr für die Lohnsklaven, vollständig zu Boden gemorfen zu werden, bedeutend erhöht. Und das Unternehmertum hat die Vorbedingung einer systematischen Arbeiternebelung geschaffen.

Unter Führung des im Zentralverband der Industriellen organisierten Scharfmachertums ist in Berlin unter dem Namen: „Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände“ eine Zentralstelle für Scharfmacherei und Arbeitermaßregelung geschaffen worden. Zwar sind noch nicht alle Unternehmerverbände der „Hauptstelle“ angeschlossen, aber mit den abtretenden Verbänden sind Kartellverträge geplant, so daß die Arbeiterschaft damit zu rechnen hat, bei wirtschaftlichen Kämpfen nicht mehr einzelnen Unternehmern oder einer Gruppe von Unternehmern, sondern dem gesamten Unternehmertum gegenüber zu stehen! Wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ triumphierend mitteilt, ist es auch möglich, die Handwerks-Organisationen der Hauptstelle für Arbeitgeberverbände anzuschließen. Ein einzig Volk von Gegnern sehen die Arbeiter in der „Hauptstelle“ ihnen entgegentreten, in der bestimmten Absicht, den Arbeiter zum vollendet willenlosen Lohnsklaven, zum rechtlosen Arbeitstier zu degradieren.

Welches sind die Ziele der Arbeitertrutz-Zentralstelle? Man hat schon ein Programm, wenn man an den Namen Bued erinnert wird, — von Warnes, von dem Staatssekretär Graf Posadowsky einst 10 700 Mt. erbat zwecks Propagierung des von dem Unwillen des deutschen Volkes hinweggesetzten Zuchthausgesetzes. Das Zuchthausgesetz ist begraben, aber die Wäter des Wechselbalges leben, und was die Bued und Genossen mit Hilfe eines Staatssekretärs für 10 000 Mt. verbüßlich erstrebten, das soll durch die neu geschaffene Maßregelungs-Zentralstelle wirksam ersetzt werden. An Stelle der richterlichen Urteile: Gefängnis und Zuchthaus, sollen treten die Buedischen Urteile: Arbeitslosigkeit und Hungertod. Um solchem Urteilspruch zu verfallen, bedarf es bei der Arbeitertrutz-Zentralstelle nicht eines Vergehens gegen erg. gezogene Gesetze, nein, die Erregung der Unzufriedenheit selbst eines subalternen Beamten kann genügen, den Arbeiter von Werkstatt zu Werkstatt zu heizen, bis er vor Hunger zusammenbricht — verendet!

Man bilde sich nicht ein, es werde so schlimm nicht werden. Können sich die Arbeiter nicht tatkräftig, dann werden sie die Schrecken des wildesten Terrorismus schon bald zu spüren bekommen. Gerade in der Systematik des Kampfes gegen die Arbeiter ruht der Schwerpunkt. Konkurrenzrückichten zc. werden ausgeschaltet, die Kosten des Kampfes trägt die Gesamtheit. In der Hauptsache geht der Plan dahin, durch Kiesen-aussperrungen und durch rücksichtslosste Vernichtung des einzelnen, durch ein über ganz Deutschland organisiertes System der schwarzen Liste, durch eine Furcht und Schrecken einflößende brutale Terrorherrschaft die Arbeiterschaft müde, widerstandslos zu machen.

In den Publikationen der Terror-Zentralstelle wird bemerkt, man wolle die Arbeiter von dem — Druck der Sozialdemokratie befreien — die Sozialdemokratie mit gigantischer Macht niederschwängen, so (!) den sozialen Frieden herbeiführen! — So albern hat noch nie ein „Fuchs“ den „Lauten“ gepredigt. Es ist noch nicht lange her, als einer dertor vom Geiste Bued, der bekannte Geheimrat Jente, im Zentralverband für Scharfmacherei den Grundsatz vertrat: Eher eine Werkstatt in die Luft sprengen, als die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennen! — Und dieser Grundsatz hat nicht den leisesten Widerspruch gefunden. Da man für 10 000 Mark kein Zuchthausgesetz bekommen konnte, soll die Scharfmacherei Ersatz bieten.

Rückhofsruhe, Unterdrückung selbst der leisesten Regung von Menschenwürde, blinder Kadavergehorsam, komplette Willenlosigkeit, das ist der „soziale Frieden“, den man durch die Terror-Zentralstelle herbeiführen will.

Einen Vorgeschmack von dem in Aussicht stehenden „sozialen Frieden“ finden wir in den Anstellungen des Dortmunder Handelskammer-Verichters 1903. Hier werden streikende Arbeiter mit Meuterern verglichen; es heißt da:

„Unter diesen Umständen heißt es doch bei Streiks der meuternden Arbeiterschaft das Heft in die Hand geben . . .“

Dann heißt es weiter, es sei eine dreifache Verhöhnung der Autorität, daß der Arbeiter das tun dürfe, was beim Militär mit Erschießen (!) bestraft werde. Wenn Streik Meuterei ist, dann muß der Streiker erschossen werden! So argumentiert das Scharfmachertum.

Wenn sich solche freche Verhöhnung der Arbeiter heute ungestraft hervormagen darf, dann ist das ein mahnendes Zeichen für die Arbeiter. Es ist hohe Zeit, dem Uebermut des Unternehmertums, hart und zielbewußt entgegen zu treten. Die Arbeiterschaft hat die Wahl, sich willenlos unter der Fuchtel wilder Terrorismus zu beugen, jeden Anspruch auf Gleichberechtigung und Menschenwürde preis zu geben, bei der geringsten Auslieferung gegen Unternehmerwillkür als Meuterer betrachtet, der Vernichtung durch Hunger

geweiht zu werden, oder sich zu großem, gewaltigem Ringen zu rüsten.

In fieberhafter Arbeit müssen die Arbeiter die gewerkschaftlichen Organisationen ausbauen, ohne dabei zu vergessen, daß der Entscheidungskampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsweise auf politischem Boden ausfochten werden muß. Mit jäher Energie muß der politische und gewerkschaftliche Kampf aufgenommen werden. Das eine tun, das andere nicht lassen!

W. D.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Auffassung und Stilllegung der kleineren Betriebe im Kohlenyndikat. — Stahlwerksverband und Aufhänger. — Kalisyndikat. — Eisenverbrauch für das Inland und Produktionsfähigkeit.**

Man lernt immer neue, ansichöne Seiten der kapitalistischen Synthefakte kennen. Die letzten Meldungen aus dem Ruhrkohlenrevier setzten sogar weite bürgerliche Kreise in ungewöhnliche Aufregung.

Man hat an dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat oft die Langfristigkeit der Vereinbarung als Vorzug gerühmt. Gerade diese Langfristigkeit hat jedoch den einen großen Nachteil, daß beim Veranlassen des Endtermins der alten Regelung und bei der Vorbereitung eines neuen Abkommens die Erweiterungsbestrebungen der einzelnen Beteiligten sich förmlich häufen und überlagern, weil jeder einzelne sich möglichst hohe Anteilssummen für die nächste Periode sichern möchte. Wir haben das früher bei den staatlichen Kontingentierungen zu Steuerzwecken (beim Branntwein, beim Zucker) wiederholt erlebt; überall wurde beim Ablauf der alten Steuerperiode um die Witte neugegründet und vergrößert, um für die folgenden Jahre ein recht stattliches Kontingent zugebilligt zu erhalten. Nicht anders hat es in der jüngsten Vergangenheit unsere Grubenlords im Westen gemacht.

Den kleineren Betrieben hatte man von vornherein (rechnereich) große Beteiligungen zusichern müssen, da man hier eine lebhafteste und unter Umständen nicht unangenehme Opposition gegen die ganze Syndikatspolitik zu befürchten hatte. Die großen Bergwerksgesellschaften trieben dafür ihrerseits ihre Beteiligungen umso mehr dadurch in die Höhe, daß sie im Uebermaß zu neuen Schachtanlagen schritten. Tatsächlich hat man auf diese Weise den ziemlich absurden Zustand erreicht: daß die Förderungsleistungen der beim Syndikat beteiligten Betrieben auf rund 100 Millionen Tonnen angewachsen ist, daß die „Beteiligung“ heute rund 73 Millionen beträgt, während der wirkliche Gesamtabsatz 65 Millionen Tonnen nicht überschreitet. Unter solchen Umständen muß sich das Syndikat gegen neue Beteiligungen mit Händen und Füßen wehren. Trotzdem bleibt den kapitalistischen Ringenteilmachern noch immer ein lohnender Weg zur Expansion (Ausdehnung) offen: sie können kleinere Gruben und deren (relativ nicht unbedeutende) Kontingente an sich bringen. Dies hat noch einen weiteren Vorteil: die Beteiligungskäufer der verschlungenen Betriebe wächst den Erwerbern zu, ohne daß diese nötig haben, das erbeutete Kontingent auch an der alten Produktionsstätte fördern zu lassen; sie können die angegliederte Grube eingehen lassen und die erlaubte Mehrförderung auf ihren Stammbetrieb übertragen.

Das ist alles kapitalistisch ganz richtig gerechnet, und schließlich spielt sich hier lediglich der nie ruhende wirtschaftliche Konzentrationsprozeß in einer eigenartigen Form ab, wie sie der Wera der Syndikatspolitik entspricht, während unter der alten freien Konkurrenz die Siege der Großen und die Niederlage der Kleinen in anderer Gestalt sich vollzogen. Nur ist in der Bergwerksproduktion das Stilllegen von Betrieben häufiger als sonst mit starken Bevölkerungsverchiebungen verbunden: der Grubenbetrieb bildet meist den Mittelpunkt eines ganzen Gemeinwesens oder einer Reihe von Ansiedlungen und Kleingemeinden, und auch diese Gemeinwesen stehen vor der Auflösung, wenn ihre Zentralstelle zu funktionieren aufhört. Die Syndikatserneuerung hat vollends viele dieser Umwälzungen auf die gleiche kurze Uebergangszeit zusammengebrängt, so daß mit einem Male förmliche Kolonien, vor allem aus dem südlicheren Streifen des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers entstanden. Denn von jeher ist es der Süden an der Ruhr, obwohl eigentlich der älteste Kohlenproduktionsstrich, dem die Höherentwicklung des Kapitalismus Opfer aufzwingt. Hier im Süden streben die Kohlenfelder am meisten dem Tageslicht zu; ihr Abbau war hier am leichtesten. Je mehr die Technik fortschritt, desto mehr gestattete sie nicht nur den Abbau der tiefer ruhenden Kohlenlager im Norden und Nordosten, dem Münsterlande zu — nein, sie schuf für die modernen Großbetriebe im Herzen des Kohlengebietes sogar eine unbefriedbare Ueberlegenheit. Wie der amerikanische Korbau mit seinem Mittelpunkt immer mehr dem fernen Westen zuzückte, so bewegte sich der Mittelpunkt dieser Kohlenproduktion schon lange dem Norden und Nordosten zu. Jedoch niemals so ruckweise und plötzlich wie jetzt infolge der Syndikatspolitik.

Der alte Bergarbeiterkamm hat hier im Süden vielfach noch ein kleines Bestium, mit dem er bei der erzwungenen Abwanderung nichts anzufangen weiß, denn Käufer werden sich schwer finden. Die kleinen Geschäftskreise und Handwerker, die von den Bergarbeitern lebten, sehen ihren Ruin voraus. Die Gemeinwesen müssen viele ihrer Aufgaben genau wie früher weiter erfüllen, aber ihre Steuerzahler verschwinden. Die Landratsämter müssen an die Regierungspräsidenten Bericht erstatten; doch was vermag man zu tun, wenn das Recht auf Dividende die Stilllegung verlangt? Speichelleiderische Blätter des Kapitals haben sogar schon herausgefunden, daß die eigentliche Schuld an der Regierung und den Kommunalverbänden liegt. Warum banen sie nicht so viel Sozialverlebenslinien aus, daß der Bergmann auch in größter Entfernung von seinem Wohnort arbeiten kann? Selbst der „Deutsche Tageszeitung“, die als agrarisches Organ allerdings den industriellen Westen mit seinem starken Arbeiterbedarf nicht liebt, ist diese Verteidigung der Syndikatspraktiken allzu dreist: „Das heißt mit dürren Worten: Staat und Kommunalverbände sollen große Opfer bringen, um die von dem Syndikat beliebte Stilllegung von Betrieben und die dadurch herbeigeführte oder sicher zu erwartende Verdrängung von Gemeinden, die Entwertung des Grundbesitzes usw. einigermaßen wenigstens für einige Ortsgemeinden erträglich zu machen. Die Betrieben werden dann die große Gnade haben, diese mit staatlichem und kommunalem Gelde geschaffenen Einrichtungen der Erweiterung der Arbeitsgelegenheit nutzbar zu machen! Die Kammitä dieses Standpunktes ist wahrhaftig erschütternd. Es scheint uns wirklich an der Zeit, daß diese Frage einmal einer gründlichen Erwörterung im preußischen Abgeordnetenhaus unterzogen wird, damit die Allgemeinheit über das volkswirtschaftlich auf das schärfste zu verurteilende Verfahren des Kohlenyndikats aufgeklärt wird.“

Wie rücksichtslos und zielbewußt alle festgelegten Syndikats ihre Macht gegen die Aufhänger — und zwar nicht nur gegen die Aufhänger des eigenen Verbandes — gebrauchen, bemerkt soeben wieder das Vorgehen gegen die Altengesehäft Phönix, der wegen ihres Fernbleibens vom Stahlwerksverband die Lieferung von Halbzeug und seitens des Kohlenyndikats die Ausfuhrprämie entzogen ist. Allein die Benachteiligung in der Kohlenversorgung berechnet der Phönix auf jährlich 600 000 Mt., doch hält er den Schaden bei der angebotenen Einrückung für den Stahlwerksverband noch immer für größer, so daß die

Eraktion den Beitritt unter den gegebenen Bedingungen weiter ablehnt.

Unterdes ist auch das Kalksyndikat (durch die Gewerkschaft Burbach) gekündigt worden. Hier handelt es sich gleichfalls hauptsächlich um einen Kampf, um den Anteil zwischen neuen und alten Werken. Will man nicht in eine maßlose Liebesproduktion und Preisstößen hereinziehen, so wird man wohl durch beiderseitiges Nachgeben eine Verständigung suchen und finden. Der größte Interessent ist hier bekanntlich der preussische Bergwerksbesitzer, dem, besonders heute, niemand Sympathiefeindschaft zutrauen wird.

Die langsame Erholung des deutschen Wirtschaftslebens kommt sehr deutlich in einer Ende März veröffentlichten Statistik des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zum Ausdruck. Danach war pro Kopf der deutschen Bevölkerung der Inlandsverbrauch an Eisen, der sich 1895 von 71 auf 104 Kilo und später bis 1900 auf 131 Kilo gehoben hatte, zurückgegangen

Im Jahre 1901 auf 90,3 Kilo  
1902 76,6

1903 wurden jedoch in kräftiger Umkehr wieder 98,1 Kilo erreicht. Zusammen entspricht das erst dem Anfangsjahr der letzten Aufschwungsperiode und unterdeß ist die Produktionsfähigkeit durch Neuanlagen und Verbesserungen enorm gewachsen. Denn trotz der unvollkommenen Ausnutzung der Werke produzierte man pro Kopf

1901: 139,5 Kilo  
1902: 149,6  
1903: 173,9

Man ist also noch immer mit einem ganz enormen Betrag auf die Ausfuhr angewiesen, während man am Beginn der letzten Aufschwungsperiode fast gar nichts importieren konnte, da man alle Hände voll für den Inlandsbedarf zu tun hatte. Die jetzige Lage baut sich somit auf vollständig veränderten Grundlagen auf, und es erscheint fast undenkbar, daß sie in Preisen und Profiten gleich günstig für das Kapital verlaufen kann.

Berlin, 10. April 1904.

Max Schippel.

## Der Ausbau unserer Organisation.

Eine rege Diskussion hat sich im „Proletarier“-entsponnen darüber, welche Mittel und Wege eingeschlagen werden müssen, um der Situation innerhalb unseres Verbandes zu steuern und demselben mehr Werkkraft zu verleihen. Jeder einsichtige Kollege wird zugestehen, daß Reformen dringend notwendig sind. Zunächst wird in Nr. 2 des „Proletarier“ einer Vergrößerung der Gaue das Wort geredet, dies mag ja ganz schön und gut sein, aber d e n B e d e, welchen dieser Kollege im Auge hat, werden wir schwerlich erreichen. Es soll durch Vergrößerung der Gaue die Möglichkeit geschaffen werden, in den meisten derselben Bezirksleiter anzustellen. Dies ist gewiß in jeder Hinsicht zu begrüßen, aber die Kollegen, die einen beratenden Vorschlag machen, sollten doch bedenken, ob der, dem ein so großer Bezirk zugewiesen wird, in der Lage ist, denselben auch richtig zu bearbeiten; dies ist sehr fraglich. Weiter ist auch zu bedenken, daß ein solcher Bezirksleiter sich immer unterwegs befinden wird, ja, sogar in B, wenn er gut „arbeiten“ will. Die Folge davon ist, daß er, falls er keine Natur von Eisen hat, nach kurzer Zeit seiner Gesundheit schweren Schaden zufügt, allein schon durch die unregelmäßige Lebensweise. Und wo bleibt denn das Familienleben eines solchen Kollegen, der die meiste Zeit auf der Bahn und in Wirtschaften zubringen muß? Daran fragt niemand. Diejenigen, die meinen, daß dies alles Bergnützlichkeiten sind, täuschen sich gewaltig. Weiter werden auch die Summen, welche für Jagd und Reispeschen dann aufgewendet werden müssen, sehr hohe sein. Von einer Ausdehnung der Bezirke möchte ich entschieden abraten. — Nun zur Frage des Ausbaus der Unterstützungsrichtungen. Daß uns die Arbeitslosenunterstützung, welche in allen Verbänden, wo sie eingeführt ist, ein wichtiges agitatorisches Moment darstellt, nicht vorzuziehen bleiben soll, ist der Wunsch eines jeden, dem das Gedröhren unseres Verbandes am Herzen liegt. Wäre diese auf dem Verbandstage in Offenbach beschlossen worden, ständen wir besser da. Erfreulicherweise wird die Zahl der Gegner dieses Unterstützungsweiges immer geringer, so daß diesmal doch, „was lange währt“, endlich gut werden kann. So lange wir keine Arbeitslosen-Unterstützung haben, kann an die Einführung einer Krankenunterstützung nicht gedacht werden. Nicht minder notwendig ist auch die Ausgestaltung unserer Presse, des „Proletarier“. Auch da wird der Verbandstag eine Veränderung treffen müssen; die Anstellung eines Redakteurs wird kaum zu umgehen sein. In Nummer 6 des „Proletarier“ sagt Kollege Bonse-Braunschweig darüber, daß den kleinen Zahlstellen vielfach der Stoff darüber fehlt, die Versammlungen einigermaßen interessant zu gestalten. Hier muß unser „Proletarier“ die empfindliche Wunde ansprechen. Falls sein Erscheinen in der gleichen Weise wie bisher beibehalten wird, ist es dringend notwendig, eine Erweiterung auf 8, aber doch mindestens auf 6 Seiten anzustreben. Auch der Inhalt muß besser ausgestaltet werden. In der Verbandszeitung müssen die Kollegen sich jederzeit Rat holen können. Anleitung zur praktischen Agitation muß gegeben werden und anderes mehr. Auf dem letzten Verbandstage wurde allerdings beschlossen, nach Bedarf eine Beilage herzustellen, jedoch bloß 4 sind alljährlich erschienen, und diese waren die Abrechnungen. (Der letzte Verbandstag nahm den Antrag des Kollegen Köhler-Altenburg an, der in seinem entscheidenden Teile besagt: „Von einer Erweiterung des „Proletarier“ vorläufig abzusehen.“ (Siehe S. 88 des Protokolls, D. R.) So wird sich dem Verbandstage in Hamburg nach jeder Richtung hin Arbeit genug bieten, manche Vorschläge werden noch aufstehen, um die Organisation nach innen und außen zu kräftigen, und ich eine diesbezügliche Diskussion im „Proletarier“, wie in den Versammlungen mit Freunden zu begrüßen, entspringen sie doch dem Bestreben, Mittel und Wege zu finden, um die Hunderttausende, die uns noch fernstehen, unseren Idealen näher zu bringen. Notwendig ist es, daß allerorts mit aller Energie unsere Organisation gefördert wird.

A. B. S. n. e. r.

## Soziale Rundschau.

Die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin, veröffentlicht den Rechnungsabschluss für das Jahr 1903. Danach stellt sich der Bruttogewinn auf 6 277 442 Mk. (im Vorjahre 5 722 020 Pf.); von diesen gehen ab: für Abschreibungen 1 625 141 Mk. (1 450 519 Pf.), für Generalunkosten usw. 2 703 527 Mk. (2 504 257 Pf.), für Zinsen 183 386 Mk. (244 946 Pf.), für Verluste und Abschreibungen zweifelhafter Forderungen 34 006 Mk. (28 732 Pf.). Nach Verteilung einer Dividende von 16 Proz. bleibt ein Ueberschuß von 1 731 381 Mk. (1 403 567 Pf.). Ueber die Geschäftsaussichten heißt es im Jahresbericht: Von größtem Einfluß auf die zukünftige Entwicklung der deutschen Leinwand-Industrie wird der Abschluß günstiger langfristiger Handelsverträge mit den anderen Industriestaaten sein. Um für voraussichtlich notwendig werdende Vergrößerungen und für die Aufnahme neuer

Fabrikationen, deren Betrieb in den bisherigen Fabrikationsstätten wirtschaftlich weniger günstig sein würde, ein geeignetes Terrain zu besitzen, ist die Verwaltung Schritte zur Erwerbung eines passenden Grundstücks am Rhein, und zwar in Rheinau bei Mannheim.

## Vom sozialen Kampfplatze.

In Hadersleben beschlossen die im Baufache tätigen Verbandsgenossen, welche einen Stundenlohn von 33 Pf. haben, dessen Erhöhung auf 35 Pf. Am 1. April sollte diese Forderung in Kraft treten. Die Großmeister erboten sich, die Stunde 35 Pf. zu bezahlen, aber erst vom 1. Mai ab, während die Kleinmeister den Lohn ab 1. April bewilligten. Eine Versammlung entschied dahin, die 35 Pf. ab 1. Mai anzunehmen.

In Bergedorf sind die Schmiede und Arbeiter der Nagelschmiede wieder in den Ausstand getreten. Die Forderungen lauten: Einführung einer 1 1/2 stündigen Mittagspause, unter Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit; Auszahlung der einjährigen und dreijährigen Prämie auch an die Arbeiter, welche die Arbeit aus eigenem Entschluß aufgeben.

In Niederlehne errangen unsere bei den Berliner Märkelwerken beschäftigten Kollegen eine Erhöhung des Lohnes. — Näherer Bericht in nächster Nummer.

## Gau II.

Die Konferenz tagte Sonntag, den 17. April, im Restaurant „Wohle“ zu Kuhlitz. Um 9 1/2 Uhr eröffnete der Gauvorsitzende Kollege Greif, Gotha, die Konferenz. Kollege Böhm hieß die Kollegen im Namen der Kuhlitzer Kollegen willkommen. Als Vorsitzender wurden die Kollegen Greif und Groß, als Schriftführer Beckmann gewählt. Vertreten sind die Zahlstellen Kassel, Kuhlitz, Waltershausen, Ohrdruf, Gotha, Weimar und Sonneberg. Nicht vertreten waren die Orte Eichenhausen, Wänden, Lambach, Stadtilm und Ilmenau. Den Bericht des Gauvorsitzenden erstattete der Vorsitzende Kollege Greif und führte etwa folgendes aus: Der Gauvorsitzende hat bei der Arbeitseinstellung bei Gebrüder Thiel, Kuhlitz, eingreifen müssen. Zur Betreibung von Agitation in Orten, wo Zahlstellen nicht vorhanden, wandte er sich an verschiedene Kartelle. Nicht von allen Kartellen wurde uns Antwort zuteil. Die uns Antwort zuteil werden ließen, bekundeten, daß die Gründung einer Zahlstelle ausichtslos sei, man könnte es immerhin versuchen. Die im betreffenden Orte vorhandenen Organisationen bemühten sich schon, die noch fernstehenden Kollegen in ihre eigene zu bekommen, ganz abgesehen, ob dieselben dazu gehören. Bei diesen Ausblicken hielten wir es für angebracht, Abstand von Gründungen zu nehmen. Einer oder der anderen Organisation die Mitglieder abreißen, kann nicht unser Zweck sein. In Sonneberg hat sich eine Zahlstelle gebildet und zählt 30 Mitglieder. In Weimar besteht auch eine Zahlstelle seit dem 1. April. In letzterem Ort wurde von der Gauleitung durch Kollege Krause-Gotha sowie den Gauvorsitzenden persönlich Hand an Werk gelegt. Auch in Lambach wurde eine Zahlstelle gegründet. Ferner hatten wir auch in Fulda (Hessen) eine Zahlstelle, welche 35 Mitglieder zählte, als neu zu verzeichnen. Dieselbe ist aber eingegangen, da es an energischer Leitung fehlte. Von der Gauleitung wurde ferner noch Fühlung genommen in Friedr. Roda, Altenbergen, Catterfeld, Georgental, Finsterbergen, Jella, Wehlitz, Sonneborn und Frimar. Aus Mangel an Leuten, welche die Leitung in die Hand nehmen, mußte jeder weitere Versuch unterbleiben. In Frimar gedenkt die Zahlstelle Gotha noch etwas zu erreichen. Mit besonderem Eifer suchte die Gauleitung die bestehenden Zahlstellen zu vergrößern. Wir empfehlen, weniger öffentliche Versammlungen abzuhalten, sondern von Betrieb zu Betrieb vorzugehen. In Gotha wurde manches damit erzielt. In Ohrdruf glaubte man, daß durch diese Maßnahme viel Nachregelungs-Unterstützung zu zahlen sein würde. Die Gauleitung wollte nun nicht haben, daß erstere für die Zahlstellen bindend sein mußte, sondern frag auch an wegen öffentlicher Versammlung. Waltershausen gab gar keine Antwort, höfentlich haben die Kollegen dort Sorge getragen, daß auch ohne Gauleitung etwas erfreuliches zu verzeichnen ist. Kuhlitz hat durch den Streik an Mitgliedern gewonnen, aber auch wieder verloren, nachdem das erreicht, was man wünschte. Kassel besorgt seine Agitation nach eigener Schablone und sollte bloß die Gaukasse mit reden und helfen können. In Stadtilm sprach im Auftrage der Gauleitung der Landtagsabgeordnete Schaubert aus Ohrdruf. In Kuhlitz der Landtagsabgeordnete Joos und der Gauvorsitzende. An Rednern hätte es nicht gemangelt, in letzter Zeit ist als solcher noch hingekommen der Kollege Wolf von Lambach. Ferner referierte der Gauvorsitzende in den Zahlstellensammlungen in Waltershausen, Ohrdruf, Gotha und Kuhlitz. Auch in einer einberufenen Arbeiterinnensammlung sprach der Gauvorsitzende. In einer einberufenen Arbeiterinnensammlung sprach im Auftrag der Gauleitung der Landtagsabgeordnete Joos in Gotha. Auf Veranlassung des Hauptvorstandes wurde auch die Kasse in Kuhlitz vom Gauvorsitzenden geprüft. Ein Mandat von 68 Mk. war zu verzeichnen. Der zweite Bevollmächtigte wurde verpflichtet, es in ratenweisen Zahlungen an die Kasse wieder zurückzuführen. Ferner wurde vom Gauvorsitzenden eine Beschwerde an die gotthaische Gewerbeinspektion gerichtet, worin mißliche Zustände einer Gotthar Fabrik aufgedeckt und um Abhilfe gebeten wird, denn verschiedene Kollegen und Kolleginnen haben schwer darunter zu leiden. Der Gauvorsitzende ordnete auch die Kassenbücher in Kuhlitz. In Gotha waren bei einer 14tägigen Sperre drei unserer Kollegen beteiligt. Es mußte die Sperre aufgehoben werden zugunsten der Arbeiter. An Flugblättern sind 1350 Stück verausgabt, darunter 200 Stück mit der Aufschrift: „Wird wieder abgeholt“. Sechs Sitzungen sind im Berichtsjahre nötig gewesen. Die eingeladenen Postsendungen setzen sich zusammen aus 47 Briefen, 28 Karten, 3 Depeschen, 3 Paketen, 6 Geldsendungen, ausgenommen die Kreuzbänder. Die ausgesetzten aus 103 Briefen, 38 Karten, 1 Depesche, 10 Kreuzbändern, 2 Paketen, 3 Geldsendungen. Als Ueberschuß ist zu verzeichnen, daß die Zahlstellen zu wenig antworten; es hindert dies die Zeitung an ihrer Tätigkeit. Es können hierfür wohl schmerzlich Entschuldigungsgründe angegeben werden. Dies in kurzen Zügen, was die Gauleitung genau, sämtliches Material liegt den Delegierten zur Einsicht vor. Hoffentlich kann der nächste Bericht reichhaltiger ausfallen. Immer mehr müssen wir dem Ziele zusteuern: Besserung unserer Lebensverhältnisse. — Den Kassenbericht erstattete Kollege Sachau. Die Einnahme beträgt 151,23 Mk., die Ausgabe 102,50 Mk., mithin Ueberschuß 48,73 Mk. In der nunmehr erfolgenden Diskussion erklärte man sich mit der Tätigkeit vollständig einverstanden. Beckmann stellt noch den Bericht der vorjährigen Konferenz richtig. Dierant erstatteten die Delegierten Bericht von den Zahlstellen. Sie ergaben das Resultat, daß ein teilweiser Fortschritt zu verzeichnen war. Die Kollegen Krambois

von Weimar und v. d. Behd = Sonneberg besprachen die Gründung ihrer Zahlstellen und hoffen, daß dieselben gute Fortschritte machen, und bitten um Unterstützung bezüglich Redner. Kollege Greif zieht die Berichte zusammen und konstatiert, daß Fortschritte gemacht seien, auch hoffe er, wenn die Zahlstellensammlungen noch mehr Agitation betreiben, daß wir im nächsten Jahre einen größeren Erfolg zu verzeichnen haben.

Beim Punkte „Verbandstag“ wurden nach eingehender Diskussion folgende Anträge einstimmig angenommen: 1. Die Gaukonferenz ersucht den Verbandstag, die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu beschleunigen und hierüber eine namentliche Abstimmlung vorzunehmen. 2. Die Gaukonferenz ersucht den Verbandstag, bei Anstellung von besoldeten Gauvorsitzenden den 11. Gau zu berücksichtigen.

Nach der stattgefundenen Mittagspause erklärte Kollege Bachmann namens der gewählten Kommission, daß sie die Abrechnung geprüft und für richtig befunden, daher beantragte er Entlastung für den Gauvorstand, welches einstimmig geschah. — Es wurde beim Punkte „Agitation“ nach eingehender Debatte beschlossen, dieselbe in der bisherigen Form weiter zu betreiben. — Es wurde beschlossen, den Gauvorsitzendenmitgliedern, sowie denen, welche dazu beauftragt werden, beim Agitation betreiben pro Sonntag 6 Mk. und an Wochentagen 6 Mk., sowie Arbeitsverdient zu gewähren. — Die nächste Konferenz wird Ostern 1905 in Gotha abgehalten. Ein Antrag, dieselbe im Herbst stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt. — Hiernach wurde die Konferenz mit einem Schlußwort des Vorsitzenden, Kollegen Greif, geschlossen.

## Korrespondenzen.

Alfeld. Wegen jahrlängiger Edtuna wurde der Maschinenführer Karl Pinterant aus Gerzen bei Alfeld von der Subdehnter Strafammer zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. P. hatte in der Alfeld-Gronauer Papierfabrik einen Querschneider zu beaufsichtigen. Die Grube, in welcher die Papiermaschine fallen, wird in der Frühstückspause von Arbeitern als Lagerort benutzt. Der 16jährige Wilhelm Weile war bei einer Nachtschicht in der Grube eingeschlossen. Er hatte das Zeichen zum Wiederbeginn der Arbeit übersehen. Als er nach Inbetriebsetzung der Maschine heruorkam, mochte, gerückte ihm der eine Balken den Schädel. Er starb an der Verletzung. Dem Maschinenführer wurde zum Vorwurf gemacht, daß er sich vor Inbetriebsetzung der Maschine nicht überzeugt hatte, ob sich noch jemand in der Grube befand. — Ein junges Menschenleben ist zerstört, diese betrübende Tatsache wird durch die Bestrafung des Maschinenführers nicht ungeheuer gemacht. Wir teilen den Fall unseren Kollegen, die als Maschinenführer tätig sind, zur Warnung mit. Wollen sie bei der auf ihnen lastenden Verantwortung gerecht werden, dann dürfen sie nicht dulden, daß sich jemand in unmittelbarer Nähe der Querschneidemaschine zur Ruhe niederlegt. Der Verunglückte war ein sechzehnjähriger junger Mensch, d. h. er hatte das sechzehnte Jahr soeben überschritten, damit war er nicht mehr des Schutzes teilhaftig, den er bis zum sechzehnten Jahre genoss. Nach dem Wortlaut des Gesetzes sind Personen im Alter von 14 bis 16 Jahren jugendliche Arbeiter und diese dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden, und ihre Arbeitsstunden dürfen nicht vor 5 1/2 Uhr morgens beginnen und nicht über 8 1/2 Uhr abends dauern. Dieser Schutz hört mit Zurücklegung des sechzehnten Lebensjahres auf. Die Freiheit der Ausbeutung beginnt. Unbestimmt darum, ob der Körper genügend erstarbt ist, die Strapazen der Arbeitszeit zu ertragen, die Geist, Nerven und Körper erschöpfende Nacharbeit durchzumachen, müssen nun die jungen Leute Nachsicht machen, der Schichtwechsel spannt sie 24 Stunden in den Frontdienst. Müdigkeit, Erschlaffung zwang den jungen Menschen in die Schichtgrube, wo ihn der Schlaf übermannte. Die Orange des schubbedürftigen Alters muß bis zum 18. Jahre ausgebeugt werden, die Einführung des Achtstundentages ist ein Gebot der Notwendigkeit, das sind die weiteren, aus dem Fall zu ziehenden Lehren. Vielleicht ziehen die Kollegen auf der Papierfabrik noch eine weitere Ruhanwendung und organisieren sich.

Altona-Ottensen. Gemeinshafliche Mitgliederversammlung am 5. April bei Wolters. Zunächst wurde beschlossen, von den an Bauten beschäftigten Kollegen, welche einen Stundenlohn unter 60 Pf. haben, alle 14 Tage 50 Pf. Extrabeitrag, und von solchen, die über 60 Pf. pro Stunde verdienen, alle 14 Tage 75 Pf. Extrabeitrag zu erheben. Die Abrechnung vom Weihnachtsergebn ergab einen Ueberschuß von 73,10 Mk. Man wurde sich dahin einig, daß Herbst- sowie das Weihnachtsergebn im „Ottensener Part“ abzuhalten, das Stiftungsgeld bagegen in Altona stattfinden zu lassen und dem Vorstand anheimzugeben, ein geringeres Votum dafür zu suchen. Ein Vorschlag der Bevollmächtigten, daß die Hilfskassierer nicht am 1. Mai, sondern ein Sonntag später kassieren sollen, wurde angenommen. Betreffs der Reimarbeit wurde beschlossen, solche à 25 Pf. drucken zu lassen und es in jedermanns Belieben zu stellen, so viel zu nehmen, wie er will. Außerdem wurde aufgefodert, sich an den Veranstaltungen in Altona-Ottensen zu beteiligen und nicht nach Hamburg zu gehen. Das Ableben des Kollegen Paulsch wurde in üblicher Weise geehrt.

Bromberg. Eine gut besuchte Mittelliederversammlung tagte am 10. April im Lokale des Herrn Köpke. Der Kollege Götz gab den Kartellbericht, wobei das Programm der Reifezeit bekannt gegeben wurde. In der Debatte wurde der Hoffnung Raum gegeben, daß wir bald ein eigenes Heim bekommen möchten. Dann wurde über den zukünftigen Verbandstag verhandelt und einige Anträge angenommen, so die Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, und Erhöhung des Biergebühres um 5 Mk.

Fechenheim. Die Unfallberufsgenossenschaft und die Arbeiter lautete das Thema, über das sich Gen. Ed. Graf vom Arbeitersekretariat in Frankfurt a. Main in einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 12. April verbreitete. Der Redner konnte in seinem vortrefflichen Referat an zahlreichen Beispielen, die ihm in seiner Praxis als Arbeitersekretär bekannt wurden, die Böhdenhaftigkeit und Unvollkommenheit unserer Unfallversicherung nachweisen. Daß in den meisten Fällen, wo die Gewährung einer Rente einzutreten hat, es ohne Prozeß nicht abgeht, ist eine bekannte Tatsache. Weniger bekannt dürfte es sein, daß es auch sehr oft vorkommt, daß Arbeiter in Unkenntnis der Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes dadurch zu Schaden kommen, daß von den Berufsgenossenschaften der Terrain, an dem die Auszahlung der Rente beginnen muß, zu weit hinausgeschoben wird, ein Umstand, der dem Rentenempfänger zum Nachteil gereichen muß. Nicht treffend kennzeichnete Redner die sogenannten Peisanstalten, vom Volksmund „Rentenquartieren“ genannt, wo man mit allen möglichen Mitteln sucht, die Erwerbsfähigkeit der Verunglückten zu steigern, um den Prozentsatz der Rente möglichst herunterzudrücken. Betrachtet man die gewaltigen Summen, die für die Verwaltung der Unfallberufsgenossenschaften — es kommen hierbei meist durch ihre soziale Stellung gutsituierte Unternehmer in Betracht — auszugeben werden, so erscheinen die Beträge, die an wirklicher Rente gezahlt werden, verhältnismäßig gering und unbedeutend. An den Arbeitern liege es, daß sie zur Werbung ihrer Interessenten Leute in die gesetzgebenden Körperschaften wählen, die das richtige Empfinden für die Arbeiterinteressen und den besten Willen haben, eine gerechtere und bessere Ausgestaltung unserer Versicherungsgelege herbeizuführen. Nicht minder sei es Pflicht aller Arbeiter, sich den Organisationen anzuschließen, die sich die Wahrung der Arbeiterinteressen zur Aufgabe gestellt und Institutionen ins Leben rufen, die den Arbeitern in kritischen

Säßen mit Mat und Lat zur Seite stehen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und fand die Versammlung nach Erledigung einiger dringenden Angelegenheiten mit einem warmen Appell des Bevollmächtigten an die Mitglieder, auch in der Folge die Vereinsabende so wie heute zu besuchen, ihr Ende.

**Hamburg.** In der Versammlung vom 7. April hielt Arbeitersekretär Odelmann einen Vortrag über Schiller's „Wilhelm Tell“ und suchte, soweit solches in eng begrenztem Rahmen eines Referates möglich ist, das Verständnis für die Schönheiten des Dramas bei den Mitgliedern zu erwecken. Weistherhaft regierte der Genosse die Apfelschuh- und die erste Hälfte der Kallistogene, um dann mit dem Monolog Teils vor der Erschießung des Geßler zu schließen. Jämmerlich aber was man es nennen, daß selbst bei solcher Gelegenheit von nahezu 400 Mitgliedern möhigegählte 38 Personen sich einfanden; dabei haben die Fehlenden mit geringen Ausnahmen keine andere wahrheitsgemäße Motivierung ihres Fortbleibens als ihre schon chronisch gewordene Interesslosigkeit. Anstatt mal einige Abendstunden dem Verbands zu widmen, wird sich für irgend welchen Klubbim interessiert, und in gedankenloser Weise Zeit und Geld geopfert für Zwecke, welche ein organisierter Arbeiter heute nicht mehr verfolgen sollte. Die Quartalsabrechnung ergab für die Hauptkasse einen Umsatz von 750,50 M. und einen Kassaerbestand von 401 M. Zum Kartelldelegierten für 1904 wurde Kollege G. Ahrens gewählt. Der Antrag der Verwaltung, auch in diesem Jahre Marktmärkte à 50 und 25 Pf. zu nehmen, fand einstimmige Annahme und soll der Vertrieb derselben mit bestmöglicher Energie erfolgen im Hinblick auf die nunmehr in bestimmter Aussicht stehende Errichtung des Gewerkschaftshauses, zu welchem Zwecke jede Gelegenheit ergriffen werden muß, Geld anzuschaffen. Nachdem Kollege Friede zur energischer Vertätigung des Demonstrationsgedankens am 1. Mai durch zahlreiche Teilnahme am Festzuge aufgefordert hatte, erfolgte Schluß dieser leider so schwach besuchten Versammlung. — Zu berichtigen ist noch, daß durch einen Irrtum des Schriftführers der Kollege Ahrens im vorigen Versammlungsberichte als Gegner der Einführung der Arbeitslosenunterstützung hingestellt worden ist. Kollege Ahrens hat nur auf die Schwierigkeiten der Kontrolle hingewiesen, und eine entsprechende Gegenleistung der Mitglieder verlangt in Form geregelter und genügend hoher Beiträge.

**Hamburg-Gilbert.** In der Mitgliederversammlung vom 31. März referierte Genosse Rühl über das Thema: Was leitet uns der Grimmitzauer Streik? Der zehntägige Arbeitstag sei schon vor 60 Jahren bei den englischen Webern eingeführt worden. In Grimmitzau hätten sich Arbeiter der Textilbranche vergeblich bemüht, diesen zu bekommen. Schließlich seien sie zum letzten Kampfmittel gekommen, hoffend, ihre soziale Lage zu verbessern. Redner schildert eingehend den Verlauf der Bewegung. Die Unternehmer hätten diese als eine Wachtprobe bezeichnet und seien hierin von der Regierung, Polizei und der gesamten gegnerischen Presse unterstützt worden; sogar die Geistlichkeit hätte sich auf Seite der Unterdrückten gestellt, indem sie das Verbot der Weisnachtsfeier gutheiß. Das sei in einem Klassenstaat auch gar nicht anders möglich. Die hohen Strafen über die Streikenden seien ebenfalls klassische Erscheinungen des Klassenstaates. Daß der Streik schließlich verloren ging, rühre nicht von mangelndem Solidaritätsgefühl, auch nicht von fehlenden Mitteln her, sondern weil die Unternehmer einen unvernünftigen, prosaischen Standpunkt einnahmen und der ganze staatliche Apparat sie unterstützte. Wenn wir uns die Beispiele des Hamburger Hafenarbeiterstreiks vor Augen führen, müßten wir die Frage aufwerfen, ob wir unter diesen Umständen überhaupt noch imstande wären, einen Lohnkampf zu führen. Redner schilderte die Organisation einiger Gewerkschaften, der Buchdrucker, Maurer und Holzarbeiter, welche über eine gute Organisation verfügten. Hier wären die Lohnbewegungen fast stets von Erfolg, während in anderen Branchen, die weniger gut organisiert seien, der Kampf immer schwieriger würde. Überall sähen wir, wie sich die Zustände in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung immer mehr zu spüren. Es scheint auch, als wenn wieder etwas gegen die Arbeiter unternommen werden sollte. Deshalb müßten die Gewerkschaften alles daransetzen, um ihre Organisationen auszubauen und neue Kämpfer heranzuziehen, damit im gegebenen Falle dem Gegner eine Macht entgegengesetzt werden könne.

**Hamm-Hamburg.** In der Mitgliederversammlung am 13. April wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Kollegen Wöhning in der üblichen Weise geehrt. Dann hielt anstatt des Genossen Röhle aus Hamburg Genosse Odelmann einen Vortrag über: Die Schulle, wie sie ist und wie sie sein soll. Derselbe entledigte sich seines Referats in sehr ausführlicher Weise, wofür denselben reichlicher Beifall zuteil wurde. Die Quartalsabrechnung verlas Kollege Wiele. In die Verbandskasse gelangt 931,70 M. Kassaerbestand 405,10 M., Ausgabe 293,79 M. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Entlassung erteilt. Betreffs der Weisnachtsfeier wurde beschlossen, an die kombinierten Vorstände den Antrag zu stellen, für die Zahlstellen Hamburg zu dem Weisnachtsfest eine eigene Musikkapelle zu stellen. Die Kosten sollen aus dem Betrag der Marktmärkte gedeckt werden. Ein Antrag des Vorstandes, 300 Marktmärkte zu 50 Pf. und 100 Stück zu 25 Pf. anzuschaffen, wurde angenommen und es soll jedem Mitglied freigestellt werden, eine Marke zu nehmen.

**Luzern.** Die am Sonntag, den 10. April, stattgefundene Besprechung erregte sich leider nur eines schwachen Besuchs. Besprochen wurde, gleich anderen örtlichen Gewerkschaften einen Beitrag aus der Kassa für die Weisnachtsfeier zu bewilligen. Wir müßten die Kollegen hierdurch besonders darauf hinweisen, sich an den Veranstaltungen am 1. Mai zahlreich zu beteiligen, damit eine würdige Demonstration zustande kommt. In einer lebhaften Aussprache kam es über die Lohnfrage. Ein definitiver Beschluß soll aber am 24. April stattfindenden Jahresversammlung überlassen bleiben, zu der auch alle Nichtorganisierten geladen sind. Die hierigen Kollegen haben es wirklich nötig, auf dem Posten zu sein. Während man in anderen Berufsgruppen daran gegangen ist, die Mittagspause am 1. bezw. 2. Stunde zu verlängern, wird man die Fabrikarbeiter durch weitere Lohnabzüge zu noch mehr Ueberstunden zwingen, als sie bisher schon leisten mußten.

**Martrahädt.** Eine hier besuchte, den geräumigen Saal bis auf den letzten Platz füllende Versammlung tagte am 12. April. Gegenstand der Verhandlungen bildeten die Entlassungen, welche die Handelswaren-Zurichter und Färberei Arbeiter nachfolger vorgenommen hat. Die Zahl ist eine Unsumme, die in 300 männliche und 50 weibliche Personen beträgt. Sie kamen in den letzten Jahren massenhafte Entlassungen vor und vertrieben in den letzten beiden Jahren 7 Prozent Dividende. Die bei ihr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind bis auf 2 alle organisiert. Am 2. April wurden 23 Personen entlassen, ohne daß vorher eine Änderung gemacht worden ist. Die Möglichkeit machte die Entlassungen und Kollegen um so jünger, als in letzter Zeit — die man annimmt, auf Betreiben eines Betriebsleiters — das Geschäft mangelnd Maßnahmen unternahm, die man nur als negativen, die Arbeiter verdrängende bezeichnen kann. Zwei Beispiele: Im Oktoberabend wurde man den Kollegen Lebensmittel zu! Doch der einen Zeit, wo die meisten Betriebe um die Versorgung des Arbeiter mit der Arbeit, sollten die Kollegen arbeiten bis um 6 Uhr bis 7 Uhr arbeiten. Das tat sie nicht. Wenn es notwendig notwendig war, Arbeiten fertig zu stellen, konnte die bei wichtiger Umständen nicht die Arbeit ohne Ueberstunden fertig gestellt werden? Im nächsten Arbeitstage erließen die Kollegen wiederum um 1. Uhr Feierabend! Solche Entscheidungen müßten die Arbeiter mit Maßnahmen erfüllen. 37

aber das Mißtrauen erst einmal da, dann ist man nur zu sehr geneigt, in jeder Maßnahme einen beabsichtigten Schlag gegen die Arbeiter zu erblicken. Es wurden 15 Mann aus der Färberei und 8 Mann aus der Zurichtererei entlassen. Die Lohnkommission war vortrefflich geworden und erstattete in der Versammlung Bericht. Die Herren Direktoren gaben als Grund der Entlassungen unangünstigen Geschäftsgang an, welcher durch den russisch-japanischen Krieg veranlaßt sei. Ruhland sei ein guter Abnehmer für Rauchwaren, die Viezziegen nach Ausland seien aber jetzt wegen des Krieges sehr gering. Auch Amerika habe sich in diesem Jahre nicht so engagiert wie sonst. Die Aktionäre drängten auf Verminderung des Arbeiterbestandes, man sei bei den Entlassungen rücksichtsvoll vorgegangen, habe nur ledige und solche verheiratete Personen entlassen, die auswärts wohnten. Da Beschäftigung für die Entlassenen nicht da sei, könnten sie auch nicht wieder eingestellt werden. Die Lohnkommission solle an der nächsten Aufsichtsratsitzung teilnehmen, damit sie sich von dessen Anschauungen überzeugen könne. Eine Anzahl Kollegen, die in dem Betriebe arbeiten, konstatierten, daß in der Schwarz-, Braun- und Phantasiestofferei und in der Fertigmacherei wenig zu tun sei. Die Zurichtererei habe im Winter nicht voll gearbeitet, jetzt ginge die Arbeit etwas besser. Andere, auf anderen Betrieben arbeitende Kollegen glaubten in den Entlassungen einen Schlag gegen die Organisation erblicken zu sollen und vermeinten, diese seien deshalb vorgenommen, würden auch im großen Stile noch fortgesetzt, um an Stelle der entlassenen, eintretenden bezahlten Arbeitskräfte billigere annehmen zu können. Man sprach davon, der Direktion müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Siehe man die Entlassungen so hingehen, dann stelle man der Organisation den Sterbeschein aus. Gegen diese Auffassung wandte sich Kollege Fregans Hannover. Er sagte, es sei zu prüfen, ob die von der Direktion angegebenen Gründe glaubhaft erscheinen könnten oder nicht. Was über den Geschäftsgang ausgeführt worden ist, bestätigte die Annahme, daß die Entlassungen in dem Geschäftsgange begründet seien. Da gebe es als Antwort nur ein Mittel, dies bestände darin, die Direktion zu erlöchen, die Entlassungen eventuell bei Verkürzung der Arbeitszeit rückgängig zu machen. Dieses Mittel sei angewandt worden und habe versagt. Darum sei es unklug und unverantwortlich, wenn man weiter gehen wollte, um etwa durch Einstellung der Arbeit die Weiterbeschäftigung zu erzwingen. Die Einstellung der Arbeit durch so viele Personen sei schon im Hinblick auf den Streitgegenstand nicht diskutabel, man müsse sie aber auch von der Hand weisen wegen des unangünstigen Geschäftsganges, der ohne Zweifel eine Niederlage, wenn nicht gar Auszusperrung anderer an dem Streitfall zunächst an beteiligter Arbeiter zur Folge haben werde. Bereite man eine solche Situation heute abend durch Beschluß vor, dann habe man der Organisation nicht nur den Sterbeschein ausgestellt, sondern ihr den Sarg gezimmert und das Grab geschaufelt, während eine ruhige und kühle Behandlung der Sache der Organisation nicht schaden, sondern nur nützen könne. Die Stellungnahme des Kollegen Fregans fand den Widerspruch einiger Kollegen, indes haben sich doch die Marktrahädt Kollegen in einer ihrer nächsten Mitglieder-Versammlungen auf den Standpunkt Fregans gestellt und demgemäß beschlossen.

**Offenbach.** Montag, den 18. April, tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Abrechnung wurde vorgelegt und von den Revisoren anerkannt. Das Vorschlagen eines Bevollmächtigten Kollege Rüdiger, als Revisor Kollege Barbier vorgeschlagen. Kollege Streb brachte die Einberufung des Verbandstages zur Sprache und wurde eine Kommission gewählt, der die Aufgabe zufällt, die Anträge zum Verbandstag zu formulieren. Der Saalbauvereinsrat wurden 50 Mark überwiehen.

**Tegel.** Die am 10. April abgehaltene Mitgliederversammlung sah sich veranlagt, eine Anzahl Personen auszuschließen, weil deren Verhalten mit den Interessen der Organisation nicht in Einklang stand. Es sind ausgeschlossen: Schönfeld, Breitmeier, Drenk und Detmers.

### Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 13. April folgende Beträge ein:

Frankenthal 347,60	Sonneberg 37,60	Weißensfeld 166,18
Damitz 15,—	Redarbaum 26,40	Speyer 197,80
Mühlheim a. Rh. 162,30	Theloe 193,81	Ummendorf 126,57
Kortzi 19,40	Salder 20,80	Münsterdorf 13,97
Sonderburg 81,90	Pannsdorf 75,60	Flensburg 476,81
Bülkum 166,98	Ried a. M. 149,50	Rödelheim 68,10
Stretitz 449,85	Hamm 656,60	Bernburg 531,37
Brunsbüttelweg 35,50	Wenja 107,40	Rohwein 28,96
Elsterwerda 15,—	Deensen 14,34	Schneidhain 1,95
Rechhausen 40,28	Straubing 8,90	Erlangen 28,30
Friedrichstadt 1,30	Ronan 36,05	Duisburg 11,30
Schwabach 31,43	Königsbrunn 105,20	Wittenberge 284,98
Jörbig 35,85	Untertürkheim 31,65	Körnberg 10,60
Gellertshagen 8,70	Lorch 68,78	Committ 12,30
Rußla 50,—	Adlershof 101,—	Goslar 8,70
Wandsbel 1006,54	Sommerfeld 53,75	Argen 380,45
Bruchsal 1,—	Vergeborf 851,11	Port 26,63
Oberroßlau 1,35	Glenberg S.-A. 79,50	Ren-Jenndorf 124,74
Hodejuch 85,62	Kaufhauslamm 37,80	Ottensen 404,50
Oggersheim 96,22	Oderberg 2,55	Ruffenhain 89,88
Schönefeld 156,80	Hannover II 97,05	Trade 119,15
Hergfelde 69,95	Wolfsendof 82,—	Reisfeld 464,43
Deisfeld 12,—	Rohlan 76,10	Obernief 28,50
Bergkirchen 30,80	Johannisthal 55,50	Glenburg 54,63
Gimsbüttel 303,50	Regensdorf 13,88	Halle (Süd) 340,44
Gladstadt 318,54	Potsdam 219,78	Wigersleben 177,19
Stagen 41,03	Erbenheim 24,35	Marienthal 55,—
Hannover I 666,91	Hergberg 34,05	Gr.-Salze 72,65
Walters 59,15	Alten 50,72	Winterhude 44,68
Weldorf 4,70	Gainshausen 21,22	Hendeburg 218,90
Schönungen 20,57	Utina 62,78	Striegan 138,80
Körig 79,58	Hennigsdorf 173,25	Friedrichstadt 31,95
Lehrte 15,90	Reindef 69,60	Schneidhain 83,55
Heidenheim 24,95	Hann 56,63	Kellterbach 26,07
Hadersleben 137,97	Schwabich 23,16	Oberhausen 22,58
Drantsburg 76,45	Feuerbach 14,10	Tegel 4,35
Heilbrunn 124,10	Pinneberg 1,65	Altona 586,50
Schwennungen 18,06	Ragny 45,15	Halle (Nord) 191,63
Döhrleben 126,30	Frettenwalde 100,—	Mannheim 117,80
Anklam 110,18	Wedel i. S. 95,06	Hietigheim 73,20
Natzen 242,40	Stettin 264,10	Worms 29,15
Selmsdorf 111,20	Wersig 65,85	Safing 33,10
Erfar 24,35	Schweidow 41,68	Japitz 55,80
Elberfeld 20,52	Heubach 113,85	Al.-Steinheim 160,57
Langenberg 73,85	Sellerhagen 397,55	Mutterstadt 22,28
Heidenau 597,25	Selmsfeld 44,03	Langenfelde 291,80
Hommerensdorf 363,58	Wain 183,01	Güthenrode 29,25
Rebenwalde 27,35	Heidenheim 50,53	Rehheim 27,15
Wingst 79,30	Döhrschweide 653,30	Dachlinberg 22,—
Stremar 774,10	Pinneberg 294,27	Deinetshorf 187,63
Langenau 90,—	Rombach 13,13	Stuttgart 129,13
Griessheim 261,88	Lambach 33,35	Döhrdorf 84,60
Sindin 11,45	Selze 116,85	Ränsburg 1,20
Romawas 118,21	Großhain 19,10	Wölsch 9,70
Leisnig 67,—	Epshra 22,—	Döhlminde 30,90
Döhlminde 124,72	Gr.-Döhlminde 49,55	Banze 16,90
Jugend 85,05	Bromberg 177,15	Bruchheim 125,05
Halberstadt 260,85	Selten 1289,70	Wandorf 20,20
Seligenstadt 13,65	Wandersheim 133,73	Rell 29,35
Wandsbel 500,—		

Schlus: Dienstag, den 26. April, mittags 12 Uhr.

**Die Zahlstellen Altona und Ottensen haben die Zustimmung des Vorstandes erhalten, von den auf Bauten beschäftigten Kollegen in den Monaten Februar bis November einen Extrabeitrag zu erheben und zwar bei einem Stundenlohn von unter 60 Pf. alle 14 Tage 50 Pf., über 60 Pf. alle 14 Tage 75 Pf.**

**Folgende Zahlstellen haben die Zustimmung des Vorstandes zur Erhebung eines Lokalbeitrages erhalten: Werder pro Woche 5 Pf., München pro Woche 6 Pf.**

### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Wokau, Vertrauensmann Albin Jang, Sofa, Schützenhaus, Bruchsal, Bruno März, Schöndorferstraße 39.
- Erben. Gustav Heinrich, Buttermarkt 2, 1. u. 2. Et., Elberfeld. (Gau 16.) Samuel Krassig, Vogelbauerstraße 37.
- Fürth. (Gau 12.) Wth. Jander, Flöhauerstraße 157 I.
- Dalle, Ludwig Guth, Börmlich 76.
- Theloe. Reinhold Freitag, Wallstraße 28.
- Lehre. Vertrauensmann Adolf Reichter, Osterstraße 18.
- Liebenwalde. Gerber, Berlinerstraße.
- Langenau. Emil Sandgraf, Neugasse 69.
- Magdeburg. B. Bindau, Morgenstraße 17 II.
- Mühlheim a. Rh. Martin Wegarz, Dantzigstraße 8. II.
- Offenbach a. M. M. Rüdiger, Bettinstraße 24.
- Oderberg i. d. Mark. Friedrich Herz, Wilhelmstraße 33.
- Ostsch. Otto Friedrich, Ronnengasse 6.
- Reha. (Gau 6.) Vertrauensmann Oskar Dietrich, Regensdorf. Joh. Stadler, A 19 III, Bederergasse.
- Sonderburg. Fr. Wehrs, Kasernenstraße 90.
- Tegel. Wth. Behrends, Berlinerstraße 8.
- Worms. (Gau 15.) Chr. Diehm, Böhrengasse 82.

### Gau 2 (Braunschweig).

Die Gaukonferenz ist auf Sonntag, den 22. Mai, (1. Pfingsttag) nach Braunschweig in das „Gewerkschaftshaus“ einberufen. Anträge sind bis spätestens 14. Mai an den Kollegen Ostendorf, Braunschweig, Charlottenstraße 4a, einzusenden.

### Gau 13.

Am Sonntag, den 22. Mai, vormittags 10 Uhr, tagt im Gewerkschaftshaus zum „Goldenen Bären“ in Stuttgart unsere

### Gaukonferenz.

#### Tagesordnung:

1. a) Bericht des Vorstandes; b) des Kassierers.
2. Situationsbericht der Delegierten.
3. Wie agittieren wir in Zukunft?
4. Anträge der Zahlstellen und Anträge zum Verbandstag.
5. Verschiedenes.

Die Zahlstellen werden ersucht, Delegierte zu entsenden. Näheres wird den Bevollmächtigten, soweit dies noch nicht geschehen, schriftlich mitgeteilt.

Der Gauvorstand.

J. U.: S. Wörner, Hallstraße 21.

### Gau 16.

Die diesjährige Gaukonferenz wird hiermit auf Sonntag, den 22. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr nach Dortmund in das Lokal Steinmann, Kampstraße 12, einberufen

#### Tagesordnung:

1. Wahl des Bureaus.
2. Wahl der Mandatsprüfungskommission.
3. Bericht des Gauvorstandes
  - a) des Vorstandes,
  - b) des Kassierers
  - c) der Revisoren.
4. Bericht der Delegierten.
5. Anträge.
6. Verschiedenes.

Alle Anträge, welche durch die Tagesordnung ihre Erledigung finden sollen, sowie die Namen der Delegierten, sind bis zum 15. Mai an den Unterzeichneten einzusenden.

J. U.: Jakob Fittgen,

Röln - Ehrenfeld, Subbelratherstraße 163, II.

### Inserate.

### Zahlstelle Anklam.

Unsere Mitglieder-Versammlungen tagen vom 1. Mai 1904 alle 14 Tage um 9 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Inhaber Karl Biederstädt, Breitestraße 22. [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

**Achtung!** **Achtung!**  
**Arbeitslosenunterstützung der Zahlstellen Berlin und Umgegend.**  
Die Arbeitslosenkontrolle findet täglich von 10-12 Uhr vormittags bei G. Ladeberg, Berlin G., Kommandantenstraße 65, statt. Dasselbe wird auch Arbeit vermittelt. Konrad Bruns [1,35 M.] Berlin N. 65, Antonstraße 24, 3 Et.

### Zahlstelle Neumünster.

Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 8. Mai, 4 Uhr nachmittags im Vereinslokal bei Kellermann, Bismarckstraße 7. Da ein Referat gehalten wird, ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder notwendig. [1,05 M.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Stolzenhagen.

Unsere Versammlungen tagen regelmäßig jeden ersten Sonntag nach dem ersten jeden Monats bei Herrn Hoffmann in Oshlow, nachmittags 3 Uhr. Die nächste Versammlung tagt am 8. Mai. Die Kollegen werden gebeten, in jeder Versammlung zu erscheinen. Auch werden diejenigen Kollegen, die im Rückstand sind, ersucht, ihre Beiträge pünktlicher zu entrichten. [1,50 M.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Tegel.

Am Sonnabend, den 14. Mai: Mitglieder-Versammlung in Gernsdorf bei Karl Drenke, Forsthaus, Augustastr. 18. [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

### Slomke's Städtebuch.

Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegeliste, 356 Seiten, geb. 1,20 M. In allen Buchh. zu haben oder gegen Eins. von 1,40 M. bei G. Slomke's Verlag, Bielefeld.